

Weniger Kreise und Gemeinden?

Viele Bürger sind laut Umfrage gegenüber einer großen Verwaltungsreform aufgeschlossen

Von unserer Korrespondentin
Annika Grah

STUTT GART Es war ein weitreichender Vorschlag, mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeilen machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen – zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen unter anderem kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft offenbar auf fruchtbaren Boden, wie der aktuelle BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der 1006 Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis ist die Zustimmung sogar noch höher. Die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach befragte im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen im Juni 1006 Menschen im Alter ab 16 Jahren. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Zusammenlegungen

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden fällt die Zustimmung sogar noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) spricht sich dagegen aus. Wenig überraschend ist, dass die Zustimmung in Städten – Großstädte (64,4 Prozent), Mittelstädte (59,6 Prozent), Kleinstädte (62,1 Prozent) – höher ausfällt als in Dörfern mit 46,1 Prozent.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine mögliche Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land

will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegenden Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau machen soll. Ob dann über eine Verwaltungsreform gesprochen wird? Noch offen.

Stellenabbau

Kürzen will die Landesregierung allerdings auf jeden Fall bei sich selbst. In der „zentralen Verwaltung“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2031 fünf Prozent der Stellen wegfallen.

Was genau die zentrale Verwaltung umfasst, ist noch nicht festgelegt. Und zum Regierungsstart hatten Grüne und CDU sich selbst erst einmal je 30 zusätzliche Stellen in eigenen Ministerien zugesagt. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber zuletzt, die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.

Das ist auch gut so. Denn vier von fünf Befragten im BaWü-Check finden, dass das Land Personal einsparen sollte. Der zweite Bereich, in dem überwiegend Sparpotenzial gesehen wird, sind Kultureinrichtungen. 72 Prozent der Befragten finden, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Mehr Geld soll hingegen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser (90 Prozent Zustimmung) fließen, in die Ausstattung von Schulen (88 Prozent) und Kindergärten (81 Prozent). Auch Mehrausgaben für Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) wird von einer Mehrheit befürwortet.

Zwei Drittel finden, dass mehr Geld für Kommunen und Wirtschaftsförderung sowie für die Wissenschaft ausgegeben werden sollte. Angesichts sinkender Steuereinnahmen ist allerdings fraglich, dass das Land für all diese Bereiche mehr Geld zur Verfügung stellen kann. Die Haushaltsberatungen im Herbst dürften von einem harten Spardiktat bestimmt sein.

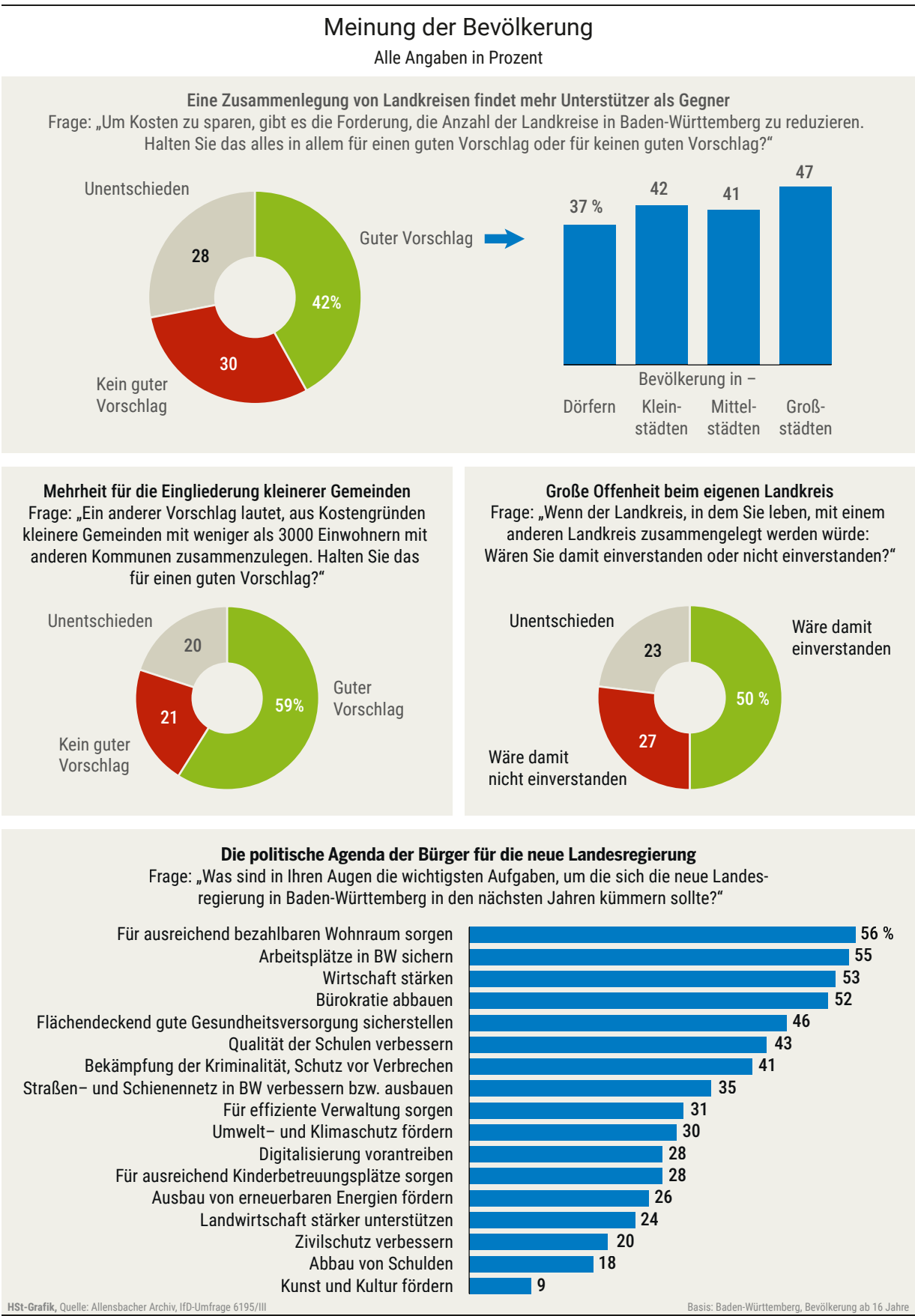
Wohnbau

Die Wunschliste der Befragten korrespondiert mit der politischen Agenda der Regierungsparteien. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) fin-

mehr als 50 Prozent durch Sozialausgaben bestimmt.“ Wenn man über Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung oder die Kinder- und Jugendhilfe rede, „kommt es in jedem Einzelfall aber ganz entscheidend auf den persönlichen Kontakt an“. Da sei die „Nähe von zentraler Bedeutung, und zwar sowohl für die passgenaue Hilfe wie auch für die Kontrolle der Kosten“. Jede weitere Zentralisierung hätte „exakt den gegenteiligen Effekt“.

Das Zauberwort heißt Kooperation

Das Problem sei, „dass der Gesetzgeber uns permanent mit neuen Pflichtaufgaben belastet, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen“. Aus zwei armen Kreisen werde durch eine Fusion noch kein reicher. Stattdessen gelte es, die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken. Darauf setzen auch Ian Schölzel, Landrat des Hohenlohekreises, und Norbert Heuser, Landrat des Landkreises Heilbronn. Schölzel sagt: „Es ist unsere Aufgabe, die kreisübergreifende Zusammenarbeit in den unterschiedlich-



det, dass das Land für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Ein Thema, das schon lange weit oben bei den Menschen im Land rangiert, gefolgt von den Aufgaben Arbeitsplätze sichern, Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Die Gesundheitsversorgung und Schulen rangieren auf Platz fünf und sechs.

Allerdings ist das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Landesregierung eher überschaubar. Nur 38 Prozent der Befragten trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent sind nicht der Auffassung. Bei der Frage, ob die Landesregierung die Wirtschaft stärken kann, dreht sich das Verhältnis: Nur noch 33 Prozent

glauben daran, während 36 Prozent der Auffassung sind, dass das nicht gelingen wird.

Vertrauensvorschuss

Alles in allem startet die neue grün-schwarze Landesregierung allerdings mit einem Vertrauensvorschuss in die erste Legislaturperiode unter ihrem neuen Ministerpräsidenten. Cem Özdemir trauen 53 Prozent der Befragten zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Zum Vergleich: Winfried Kretschmann (Grüne) kam zum Ende seiner 15-jährigen Amtszeit im BaWü-Check im Februar auf 50 Prozent.

Dabei sind nicht nur Anhänger der Grünen überzeugt, auch bei Unterstützern der CDU (58 Prozent),

SPD (70 Prozent), FDP (54 Prozent) und Linken (56 Prozent) kann der neue grüne Ministerpräsident punkten. Selbst unter den AfD-Anhängern trauen ihm immerhin 14 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu sein. Was die Zusammenarbeit zwischen Grünen und CDU angeht, glauben 41 Prozent, dass die neuen alten Koalitionäre gut zusammenarbeiten werden, während 32 Prozent denken, dass es künftig viel Streit geben wird.

INFO BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine mehrmals im Jahr durchgeführte Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Hitzefrei im Land für alle Schüler möglich

Von unserem Korrespondenten
Axel Habermehl

STUTT GART Auch an beruflichen Schulen und gymnasialen Oberstufen soll es künftig die Möglichkeit geben, den Unterricht bei sehr hohen Temperaturen vorzeitig zu beenden. Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat die entsprechenden, zuletzt umstrittenen Hinweise für Schulleiter geändert.

Mitarbeiter der Schulaufsicht haben Schulleiter bereits darüber informiert. „An den Beruflichen Schulen besteht kein generelles ‚Hitzefreiverbot‘ mehr“, heißt es in einem internen Schreiben eines Regierungspräsidiums, das unserer Redaktion vorliegt.

Regelung überarbeitet

Die entsprechenden Regelungen auf der Homepage des Ministeriums wurden überarbeitet. Die bisherige Vorgabe („Hitzefrei gibt es nicht für die beruflichen Schulen und nicht für die gymnasiale Oberstufe“) ist gestrichen. Stattdessen heißt es dort nun: „Den Schulleitungen kommt auch bezüglich der beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe ein Entscheidungsspielraum zu, das heißt es gibt kein ‚Hitzefreiverbot‘.“

Allerdings gebe es „gute Gründe, hier restriktiver zu verfahren als in den niedrigeren Klassenstufen“. Dazu zählt dem Vernehmen nach, dass ältere Jugendliche körperlich robuster sind. Zudem sei zu berücksichtigen, dass Berufsschulunterricht Arbeitszeit ist.

Kriterien für Schulleitungen

Die Entscheidung über Hitzefrei treffe generell die Schulleitung unter Berücksichtigung mehrerer Kriterien und in Absprache mit Leitern benachbarter Schulen und möglichst auch mit Eltern- und Lehrervertretern. Maßgebliche sei auch an beruflichen Schulen und Oberstufen „das Wohl der Schülerinnen und Schüler sowie die konkreten örtlichen Verhältnisse“. Die wichtigste Vorgabe ist bislang eine Außentemperatur um 11 Uhr von mindestens 25 Grad Celsius im Schatten, dann kann Hitzefrei gegeben werden.

Kultusminister Andreas Jung (CDU) hat zuletzt angekündigt, die Regelung zu ändern. Maßstab soll künftig die Temperatur im Klassenraum sein. Ab 30 Grad soll es Hitzefrei geben. Überarbeitete Regeln hat Jung aber erst für das kommende Schuljahr angekündigt. Die Änderungen wurden nun vorgezogen.

Kurz notiert

Zwei Tote bei Autounfall

BARTHOLOMÄ Ein missglücktes Überholmanöver auf einer Landesstraße hat zwei Menschen das Leben gekostet. Nach Angaben der Polizei hatte ein 34 Jahre alter Fahrer ein anderes Auto überholen wollen. Als ihm dabei am späten Dienstagabend zwischen Bartholomä (Ostalbkreis) und Steinheim am Albuch (Landkreis Heidenheim) ein weiteres Auto entgegengekommen sei, habe er den Überholvorgang abgebrochen und sei wieder eingeschert – dabei habe er die Kontrolle über den Wagen verloren und prallte gegen einen Baum. Der Fahrer und seine 43 Jahre alte Beifahrerin starben. *dpa*

Tübinger verunglückt

TÜBINGEN/COMO Ein 19 Jahre alter deutscher Tourist ist im norditalienischen Argegno am Comer See tödlich verunglückt. Der junge Mann stammte aus Tübingen, wie die Stadt auf Nachfrage bestätigte. Zwei Wanderer entdeckten den leblosen Körper in dem Wildbach Telo und alarmierten die Rettungskräfte – der Mann konnte nicht gerettet werden. Nach bisherigen Erkenntnissen soll der Tourist eine Absperrung überstiegen haben, um einen Ball zurückzuholen. Dabei habe er das Gleichgewicht verloren und sei von einer rutschigen Böschung mehrere Meter in den Bach gestürzt. *dpa*

Stärker kooperieren statt fusionieren

Sollen Kreise und kleinere Gemeinden zusammengelegt werden? Mehrheit ist dafür – Landräte und Bürgermeister sehen das anders

Von unserem Redakteur
Ralf Reichert

REGION Die Zusammenlegung von Landkreisen und kleineren Gemeinden findet mehr Befürworter als Gegner. Das ist ein Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks. 42 Prozent der Bevölkerung unterstützen den Vorschlag, aus Kostengründen die Anzahl der Kreise zu reduzieren, 30 Prozent halten nur wenig davon. Noch größer fällt die Zustimmung für den Vorschlag aus, kleinere Gemeinden unter 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzulegen: 59 Prozent finden das sinnvoll, 21 Prozent nicht.

Kosten sparen durch Fusionen? „Das halte ich für ein Märchen“

Wie sehen das Landräte und Bürgermeister in der Region? „Dass eine Zusammenlegung von Landkreisen Kosten sparen würde, halte ich für ein Märchen“, sagt Achim Brötzel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises und Präsident des Deutschen Landkreistags. „Unsere Haushalte werden schon jetzt zu



Mehr interkommunale Zusammenarbeit ist geplant. Foto: drubig-photo/stock.adobe.com

ten Aufgabenfeldern weiter auszubauen.“ Genau das nimmt man jetzt in Angriff: bei der Ausländerbehörde oder den Rettungsleitstellen, womöglich beim Müll und ÖPNV. Heuser meint: „„Angesichts der dramatischen finanziellen Lage ist das Gebot der Stunde, die Zusammenarbeit ohne Denverbote zu forcieren.“ Dies praktiziere man mit der Stadt Heilbronn und den Nachbarkreisen erfolgreich: „im Nahverkehr mit dem HNV, in der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken oder der Tourimia Tourismus GmbH“.

Geht Lebensqualität verloren?

Kai Kohlenberger, Bürgermeister von Ittlingen, sagt: „Wir arbeiten im Gemeindeverwaltungsverband und in mehreren Zweckverbänden seit Jahrzehnten mit anderen Kommunen zusammen, um Aufgaben kostengünstiger erledigen zu können. In kleinen Gemeinden besteht in der Bevölkerung die Befürchtung, bei einer Eingemeindung Standards und Lebensqualität einzubüßen.“

Susanne Uebel-Madenciler, neue Rathauschefin von Zweiflin-

gen, meint: „Gemeindefusionen lösen weder strukturelle noch finanzielle Probleme, sie verlagern sie nur. Die Zukunft liegt in einer stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit. Wir mit Öhringen und Pfedelbach zusammen. Diese Kooperation will ich gemeinsam weiter ausbauen.“

Meike Augsburg, neue Bürgermeisterin von Weißbach, erklärt: „Die Eigenständigkeit der kleineren Gemeinden ist ein hohes Gut, das wir wahren sollten. Sie stehen für lokale Identität, kurze Wege und Bürgernähe.“ Bestes Beispiel für die Bündelung von Ressourcen sei der Gemeindeverwaltungsverband Mittleres Kochertal mit Niederrhall, Forchtenberg und Weißbach.

Der Möckmühler Bürgermeister Simon Michler hat in der letzten Gemeinderatsitzung gesagt, dass er einer „Fusion der Jagsttalgemeinden“ offen gegenüberstehe. Er sei als Chef der Verwaltungsgemeinschaft nichtöffentlich in den Gemeinderat in Widdern eingeladen gewesen, um engere Kooperationen zu erörtern.